

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentral-Verbandes

Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis 75 Pfg. vierteljährlich. 30 Mitglieder durch die Zahlzeichen gratis. Für Postweg Postamt Köln 1

Redaktion und Verlag: Köln, Deutzerwall 9  
Redaktions-Schluss: Montag Abend 6 Uhr

Anzeigen-Preis: Die dreizehnpennige Blatt-Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Für die Mitglieder und in Verbands-Anzeigenpreisen nur 10 Pfg.

12. Jahrgang

Köln, den 8. April 1916

Nummer 8

## Die allgemeine Zahlpflicht.

II.

Ein weiterer Beweis dafür, daß das deutsche Volk noch große neue Steuersummen aufbringen kann, wenn nur die Verteilung der Lasten richtig erfolgt, liegt in dem Umstand, daß z. B. auf den Kopf der Bevölkerung 1918 in Deutschland eine Gesamtbelastung von jährlich 82,75 Mk., in Frankreich von 66,00 Mk. und in England von 106,70 Mk. entfällt. Würden wir damals eine steuerliche Pro-Kopf-Belastung gehabt haben so hoch wie in Frankreich, so hätten unsere Steuern 2/3 Milliarden bei einer Pro-Kopf-Belastung in der Höhe Englands rund 8 Milliarden Mark mehr erbringen müssen als sie tatsächlich gebracht haben. Würden wir nach dem Kriege beispielsweise 8 Milliarden an Steuern mehr aufbringen müssen, als bisher, so würde die Pro-Kopf-Belastung bei uns erst so hoch sein, wie die Engländer vor dem Kriege. Nichts kann besser die Hebergesamtheit Deutschlands auch auf diesem Gebiet zeigen, als große dieser Beispiele. Die Hebergesamtheit gewinnt nur an Durchschlagkraft, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Krieg mit aller Klarheit die Hebergesamtheit des deutschen Volkes als Ganzes in den Vordergrund rückt.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß letzten Endes nicht der Reichsman an sich, sondern die schaffende Arbeit in all ihren Erfindungsformen die Ursache aller finanziellen und steuerlichen Kräfte ist. So tritt das außerordentliche Hebergewicht Deutschlands über seine Feinde auf steuerlichem Gebiet erst voll in die Erscheinung.

Der Reichsman ist eben damit beschäftigt, rund 500 Millionen an Kriegsschulden dem Reiche zu verschaffen. Damit ist gewissermaßen ein Beispiel gegeben für die Reformfragen auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, welche infolge des Weltkrieges mit Friedensschluß aufzuheben müssen. Auch auf das Finanz- und Steuergebiet wird der Krieg grundlegend wirken. Dies gilt natürlich nicht bloß von uns, sondern in noch weit höherem Maße von unseren Feinden. Ja, selbst die neutralen Staaten Europas werden erhebliche Summen neuer Steuern einführen müssen. Die Kriegskosten unserer Gegner sind ja gewaltig höher als die unsrigen. Dazu kommt, daß die Kämpfe so gut wie ganz in Feindesland ausgefochten werden und die materiellen Kriegsverluste bei den Feinden außerordentlich groß sind. Bedenkt man schließlich noch, daß die Menschenverluste allein Frankreichs weit höher sind als die deutschen, so erkennt man schon daraus, daß die Gegner unter den Folgen des Krieges ganz anders zu leiden haben werden als wir. Es ist demnach keine Frage, daß Deutschland viel eher wieder zur vollen Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte gelangen wird, als die uns jetzt feindlichen Staaten.

Wenn trotzdem in unserem Vaterlande beim Aufstehen neuer Steuerpläne die Gemüter jedesmal stark in Erregung geraten sind, so lag das u. U. hauptsächlich an dem Umstande, daß jedwede Finanzreform von Anfang an zum Gegenstand des Parteieninteresses gemacht wurde. Wenn hätte ein Steuerplan das Licht der Öffentlichkeit erblickt, als auch schon von allen Seiten an Hand überlieferter Grundzüge und Parallelen gewisse das eingehende Urteil gefällt war, je weniger je mehr mußte diese Art von Steuerdebatten von allen sachlich denkenden Leuten als lächerlich empfunden werden. Was soll das heißen, wenn z. B. jetzt wiederum von gewisser Seite erklärt wird, die von der Regierung vorgeschlagenen neuen indirekten Steuern müßten im Interesse der minderbemittelten Volksschichten abgelehnt werden, weil eine Erhöhung des Preisniveaus unter den

neuen Vorschlägen ist? Schreibt denn etwa der einfache Arbeiter oder der minderbemittelte Angestellte so viele Briefe, daß gerade er von der Erhöhung des Preises so schwer betroffen werden könnte? Ganz gewiß nicht! Warum laufen die Massen des Volkes noch immer alle möglichen Schandlaster? Warum zahlen sie — ohne sich etwas dabei zu denken — für eine Ansichtskarte im wirklichen Wert von 2-3 Pfennigen 10 oder gar 15 Pfennige? Wäre es nicht viel richtiger, da einmal mit großzügiger Belehrung einzusetzen, als ein Gezeiter darüber anzupöbeln, daß nun das Reich das Dreifache etwas höher legt? Tatsache ist, daß auch die übrigen vorgeschlagenen indirekten Steuern fast durchweg — mit Ausnahme der Tabaksteuer — nur die gewerblichen und Handelstreibe empfindlicher treffen, so daß nicht einzusehen ist, warum nun gerade Arbeiterkreise diese indirekten Steuern ablehnen sollen. Daß die Steuern nicht zum Verzagen während des Krieges gemacht werden, das liegt auf der Hand. Da sie notwendig sind, müssen sie bewilligt werden und der Angehörige kann es nur nicht sein, wenn solche indirekten Steuern gemacht werden, die für am wenigsten treffen.

Auch die „Koch-Dez.“ nimmt in einem Beispieltitel zu den neuen Steuerplänen das Wort und besagt folgendes: „Der Reichsman hat sich nicht nur für die Erhebung aller indirekten Steuern. Die wichtigste dieser in durchaus sachlicher Weise das für und Gegen und läßt deutlich merken, daß sie im Grunde genommen gegen die vorgeschlagenen Steuern nicht ankämpfen will. „Weil die Interessen der Arbeiter nur in verhältnismäßig geringem Maße in Frage kommen.“

Selbst die vorgeschlagene Tabaksteuer kann mit guten Gründen verteidigt werden, wenn nur dafür gesorgt wird, daß ebenfalls arbeitlos werdende Tabakarbeiter entsprechend unterstützt werden. Mindestens aber sollte überall anerkannt werden, daß die Zigaretten noch stark vertriebt werden können und daß die vorgesehene stark progressive Besteuerung durchaus gesund ist. Selbst unsere christl. Tabakarbeiter wollen unter diesen Umständen keinen besonderen Widerstand leisten. Um so unbegründeter ist es uns, wie die „Solidarität“, das Organ unseres Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiter, dazu kommt, die Tabaksteuer einfach kurzweg abzulehnen. Der angegebene Grund, daß zunächst Einkommen, Vermögen und Grundrente in der weitmöglichsten Weise herangezogen werden müssen, ehe diese indirekte Steuer genehmigt werden dürfte, ist ja theoretisch nicht ungelte, aber in der Praxis liegen doch die Dinge so, daß jetzt, mitten im Kriege, nicht unser ganzes System der direkten Steuern umgetrennt werden kann. Wir Gewerkschaftler sind doch gemotzt mit dem Möglichen zu rechnen.

Erfreulich ist, daß innerhalb der Sozialdemokratie die Prinzipienreiterei in Steuerfragen heutzutage nicht mehr so widerspruchsvoll hingenommen wird, wie früher. So legt z. B. der bekannte holländische Sozialist W. Kolb in den „Sozialistischen Monatsheften“ aus, indem er, daß es jetzt gelte, die „Probe auf den 4. August“ zu machen. Er nennt die Auffassung, als könne man die Ausgaben des Reiches allein aus direkten Steuern decken, eine gefährliche Illusion. „Direkte Reichsrenten sind nur das Schein-Verbleiben unentbehrlich die Reduktion, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen, ist zu einer Utopie geworden.“ So sagt Kolb im vollen Rechte.

Je mehr diese Erkenntnis — neben manch anderen — sich innerhalb der Sozialdemokratie Bahn bricht, desto leichter wird es gelingen, bei der gesamten Beurteilung die wirtschaftlichen Arbeiterinteressen zu schonen.

Es müßte eigentümlich zugehen, wenn die schauderhaften Ausstritte, die zuweilen in Arbeitererfassungen bei Erörterung von Steuerplänen oder neuen Steuern stattfanden, bei einigermaßen sachlicher Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse sich später wiederholen könnten. Je mehr Abscheu die Arbeiter vor diesem öden Gekränke bekommen, je nüchterner sie die Dinge beschreiben und beurteilen, desto enger werden sie schließlich — und erfolgreicher — ihre Stimme gegen vielfach antisoziale Tendenzen in der Steuererhebung in die Wagschale werfen können. Ein gemeinsamer Boden für die Gewerkschaft der Arbeiter ist bis jetzt nicht gefunden worden, weil die Parteifamilien in den verschiedenen Lagern dabei nicht mehr auf ihre Achtung können. Das kann uns aber nicht abhalten, trotzdem zu diesen Dingen gerade jetzt auch an dieser Stelle das Wort zu nehmen. Denn gerade jetzt muß es sich entscheiden, ob wir in Zukunft in der deutschen Arbeiterbewegung so wie früher wieder allgemeine Selbstgewalt und herrschende Parteimeinungen als trennenden Heil gelten lassen müssen, oder ob wir diesen unerschütterlichen Füllstand aufgeben werden können. Ein Beweis dafür, daß auch wir, die Angehörigen der Sozialdemokratie, die besten deutschen Gewerkschaften, nicht allen unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber überlegen sind, werden wir erstreben zu können. Je mehr aber die sozialdemokratische Arbeiterkraft von verschiedenen Parteiblaggen geteilt in Steuerfragen abfällt, desto näher müssen wir uns kommen in dem Bestreben, eine soziale Gestaltung aller Steuern überall — vor allem innerhalb der verschiedenen Parteien — zu verlangen.

In der „Frankfurter Zeitung“, einem liberalen Blatt, erschien vor einiger Zeit ein Artikel „Steuerfreundlichkeit“, den die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“ zustimmend abdruckte. In diesem Artikel wurde in deutlicher Weise unser ganzes bisheriges Steuerwesen als veraltet dargestellt und gesagt:

„Der Krieg ist, mit Heffersichs Worten, die größte Wertzerstörung und Wertverfälschung, die jemals die Weltgeschichte gesehen hat. Er bedeutet damit, das sollte man erkennen, eine ungeheure Revolutionierung aller Wirtschaftsverhältnisse, keine Revolution von unten und keine von oben, aber eine — von außen. Wie er als solche in den Köpfen wirken wird, das zu prognostizieren wäre müßig. Aber eine materielle Wirkung, die kaum abzuschätzen ist, wird es schon bald Material sein wird, läßt sich mit Sicherheit voraussagen: dies nämlich, daß die soziale Frage, die Frage der Verteilung des Arbeitsertrages, in allen am Kriege beteiligten Ländern in der kommenden Zeit wieder beherrschend in den Vordergrund drängen wird. Die glückliche Wohlstandsentwicklung in den zwei letzten Friedensjahre hätte sie gemindert, wenigstens auch schon da zuletzt die allgemeine Tendenz der Preis-erhöhung für die wichtigsten Bedarfsgegenstände neue Unruhe schuf. Mit den Summen, die jetzt der Krieg gerätet, hätte man bei Aufrechterhaltung des Friedens die arbeitende Menschheit ein ungeheures Stück vorwärts führen können. Jetzt, nach dem Kriege, wird sie in großen Schäden die Ertragsminderungen der Friedensarbeit bedroht, wo nicht zum Teil zerstört sehen. Denn auch wer durchaus a-neigt ist, die Ausbeute der Arbeit und vor allem die der deutschen Arbeit nach dem Kriege mit Optimismus zu beurteilen, der wird sich über die Konsequenzen der ungeheuren Kapitalzerstörung und über die Verminderung der Kaufkraft nicht täuschen können. Sinkt aber die „nationale Dividende“ wirklich stark, so wird erst recht die Auseinanderberingung zwischen ihren drei Teilnehmern, zwischen dem Arbeit-schaft, dem mittleren Grunde- sowie zwischen Unternehmern, und Kapitalrenten, brennend werden, wird das Arbeitseinkommen sein Recht gegenüber dem arbeitslosen Renteneinkommen beanspruchen. Und zwar als Recht beanspruchen, mit dem Rechtsmittel der Forderungen, die Staat und die nun beides, der Staat und die materiellen Einkommensbedingungen, und ganz gewiß die letzteren, nach dem, was sie für Recht erkennen, gestalten wollen.“



bedeuten und die im Herbst folgende Verteilung der neuen Steuern. Ende 1914 ist zu erwarten, dass die Steuern für den Staat im Vergleich mit dem Vorjahr um 10 bis 15 Prozent zunehmen werden. Wenn es jedoch nicht zu einer Erhöhung der Steuern kommen sollte, so wird die Regierung gezwungen sein, die Ausgaben zu kürzen. Dies ist jedoch nicht zu erwarten, da die Regierung die Ausgaben für die Kriegführung nicht zu kürzen wird. Die Regierung wird daher gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen. Dies ist jedoch nicht zu erwarten, da die Regierung die Ausgaben für die Kriegführung nicht zu kürzen wird. Die Regierung wird daher gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen.

Es ist möglich, dass diese Dinge jetzt schon klar zu machen, bevor die praktische Lösung der Finanzfragen die Unklarheiten allmählich auf die Einzelfragen lenkt. Denn es ist bekannt, dass viele Leute gerade in der Kriegszeit nicht annehmen können, dass die Regierung die Steuern erhöhen wird. Die Regierung wird jedoch gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen. Dies ist jedoch nicht zu erwarten, da die Regierung die Ausgaben für die Kriegführung nicht zu kürzen wird. Die Regierung wird daher gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen.

Den Staat unter allen Umständen „konservieren“ werden und das auch so weit, und zwar in einer Weise, wie daran tragen muss. Es werden keine neuen Steuern angesetzt, sondern nur die bereits bestehenden Steuern erhöht werden müssen. Umzusetzen ist es hier also in der Aufstellung von den Grenzen der Besteuerung. Und umzusetzen ist es weiter gegenüber dem Staat, der von den großen Parteien und Parteien der Reichstagen vertreten wird, dass die Besteuerung den Einzelstaaten gegeben und dem Reich vorgehalten wird. Das kann man im Reichstags Landtag von den Konservativen wie im Reichstags Landtag von den Sozialdemokraten hören, aber es wird dadurch nicht wahrer. Sehr gut hat schon vor dem Krieg, bei der letzten Reichsanlagenreform, Prof. Klinge diesen Einwand entkräftigt, indem er sagte: „Reich und Einzelstaaten müssen jeder für seine Aufgaben genügend Mittel haben; darauf kommt es für ihre Ausgabezwecke an. Für ihre Einnahmen aber kommt es nur darauf an, dass sie im ganzen zweckmäßig, ergiebig und gerecht sind.“ Und während er sagte, er, nach einer Anerkennung für die Bedeutung der Einzelstaaten im Bundesstaat schon damals dringend: „Das Prinzip der Gleichheit der Einzelstaaten hat eine negative Seite. Sie dürfen das Reich nicht schwächen. Vorbereitet ist die Überzeugung, dass das Reich zwar sparsam sein soll, aber doch unbedingt finanzielle Kraft haben muss, dass die Einzelstaaten die Kraft des Reiches stärken, weil sie unser Staatsleben besonders leistungsfähig machen und dem Reich ein gutes Einnahmesystem bevorzugen, so dürfte der Schaden nicht nur für die Finanzkraft der Einzelstaaten größer werden.“ Das wird nach dem Krieg, dessen ungeheure finanzielle Kosten gerade das Reich zu tragen hat, noch viel deutlicher werden. Und die Aufgabe muss gerade sein: Die Verteilung der verschiedenen Einnahmequellen auf Reich, Einzelstaaten und Kommunen von Grund auf neu zu regeln, dem Reich eine faire finanzielle Eigenkraft und große direkte Einnahmen zu verschaffen und über das ganze Steuersystem im Reich wie in den Einzelstaaten und Gemeinden das ganze System der finanziellen Gerechtigkeit zu legen.

Wie fordern wir, dass die Reichsweite Arbeit, die die Einzelstaaten bei der Verteilung der Einnahmen zu leisten haben, nicht zu vernachlässigen ist. Die Einzelstaaten sind in dem Mittel der „Frank. Ztg.“ die Dinge beim nächsten Sommer gesamt und wir werden keine Chance haben, dass die Einzelstaaten keine in dieser Hinsicht auf die bestehenden direkten Steuern abzugeben hat, ist nicht zu vernachlässigen. Und in Zukunft wird man diese Gedanken nicht nur in der Reichstags Debatte, sondern auch in der Reichstags Debatte abgeben müssen. Und auf jeden Fall wird eine komplizierte Sache sein. Nun hat es das Reich schon 1914 eine direkte Steuer erhoben, die Besteuerung. Dazu kommt demnach die Kriegsgewinnsteuer, von der wir hoffen, dass sie im Reichstags noch beschlossen werden möge. In Bezug auf die vorgeschlagenen Dinge ist es nicht zu vernachlässigen, dass es möglich ist, dass die Einzelstaaten einen Gewinn von einer Million 60 Prozent, also

und verschiedenen Angelegenheiten werden sollen. Die Einzelstaaten sind gezwungen, die Steuern zu erhöhen, da die Regierung die Ausgaben für die Kriegführung nicht zu kürzen wird. Die Regierung wird daher gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen.

Im Prinzip haben wir also schon direkte Besteuerungen, so dass es nicht schwer fallen kann, auch in Zukunft Wege zu finden, bei denen eine gerechte Verteilung der Steuerquellen an die verschiedenen Ausführenden - Reich, Bundesstaaten, Gemeinden - ermöglicht wird.

Für uns Christen, Gewerkschafter ist es eine Selbstverständlichkeit, dass dem Vaterlande alle Mittel zur Verfügung zu stellen sind, deren es zur Aufrechterhaltung seiner Weltmachtstellung bedarf. Ebenso selbstverständlich ist es für uns, dass unsere Sozialpolitik aufrecht erhalten werden muss. Die Überzeugung, dass Deutschlands militärische Kraft auch nach dem Weltkrieg - und dann erst recht - eine imponierende sein muss, wenn uns „der Blick an der Sonne“ gestört sein soll, ist uns längst im Fleisch und Blut übergegangen. Wir wissen aber ebensoviele, dass die militärische Kraft nicht zum wenigsten beruht auf einer nach sozialen Gesichtspunkten orientierten Innenpolitik. Darum unsere Forderung, das soziale Moment auch bei der Kriegserführung noch mehr wie bisher zu beachten. Es scheint, dass überall das Verständnis für diese Forderung wächst. Es muss wachsen, wenn Deutschlands Bedeutung wachsen soll, wenn unser Vaterland nicht nur vorübergehend die Ehre genießen will, führende Weltmacht zu sein.

Nach in alternativer Zeit haben und die Einzelstaaten, die wir zu verstehen gegeben, dass sie nicht eher ruhen und rasten wollen, bis Deutschland gestärkt ist. In solcher Zeit regiert es sich nicht, die allgemeine Wohlfahrt wichtiger ist als die allgemeine Wohlfahrt. Oder man es belegen: Dem Vaterlande kein Mann und kein Weibchen und ein Jeder hat nach seinen Kräften auf dem Gebiet der Wirtschaft zu leisten. Die Förderung der Volkswirtschaften wird uns so gewissermaßen, je genauer die Volkswirtschaften gefördert wird. Nur weitestgehende Abschaffung der Steuerlasten, die auf die Steuerbefreienden oder Steuerbefreienden über ihre Kräfte belastet werden könnten, ohne dass die Gesamtheit darunter zu leiden hätte. Ebenso notwendig wie die Förderung nach dieser Richtung der Wirtschaft ist die Förderung der minderentwickelten Kräfte ohne weitere Forderung aller möglichen neuen Kräfte aufzubringen. Aber auf dem breiten Mitteldrange werden sich alle Einzelstaaten

## Was in diesen Kriegen auf dem Spiele steht.

In unserer Zeit aber werden die Kolonien für ein wirtschaftlich höchstbedeutendes Land von noch größerer Bedeutung. Die letzten Jahrzehnte sind für den Weltmarkt und für den Weltverkehr von einem ungeheuren Umschwung gekennzeichnet. Besonders die hochentwickelten Staaten, die in der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle spielen, sind in der Weltwirtschaft von einem ungeheuren Umschwung gekennzeichnet. Die Kolonien haben hier einen mehr oder minder beträchtlichen Teil der Weltwirtschaft zu leisten. Die Kolonien haben hier einen mehr oder minder beträchtlichen Teil der Weltwirtschaft zu leisten. Die Kolonien haben hier einen mehr oder minder beträchtlichen Teil der Weltwirtschaft zu leisten.

fruchtbarer geworden, als das, was schon schon der Fall war. Wenn der Krieg glücklich erungen ist, wird es gelten, die Rechten des Krieges zu bekräftigen.

England möchte nun auch den heftigen Kolonialkrieg für sich in Anspruch nehmen. Besonders auf Ostafrika hat es sein Augenmerk gerichtet. Es will in diesem Krieg den Plan Lord Curzons wahr machen, der gesagt hat, der Indische Ozean müsste ein englischer Binnenmeer werden. Ostafrika hat es. An der Ostküste von Afrika hat es gleichfalls eine Kolonie. Nebenher möchte es der Türkei abhandeln, um über den Persischen Golf die Verbindung mit Indien zu gewinnen. Im Endeffekt dieser gewaltigen englischen Linie aber ist Australien als Tochterland Englands. Damit hätte dann England tatsächlich die Herrschaft im Stillen Ozean.

Würde England unsere Kolonien, die dank der deutschen Arbeit überaus eine Zukunft haben, zu tauschen imstande sein, dann würde es nicht ausgeschlossen, dass es jenen Plan Chamberlains ausführen, nämlich das Mutterland zusammen mit den Kolonien mit einer hohen Zollmauer zu umgeben, um so den Handel anderer Staaten mit den Kolonien zu erschweren.

Auch für unsere Arbeit in den Kolonien kämpfen wir. Was wir mit hundert Opfern dort ertragen, wollen wir nicht der Selbstsucht Englands zum Opfer fallen lassen.

Wir kämpfen  
I. Für die Politik der offenen Tür.  
Es gibt auf der Erde noch Staaten, die eine Mittelstellung zwischen den unentwickelten Völkern und den hochentwickelten Staaten einnehmen. Sie sind zum großen Teil sehr reich an Rohstoffen, sind aber selbst noch nicht imstande, dieselben zu heben und für sich und die Menschheit nutzbar zu machen. Es ist hier besonders erinnert an China, Marokko und die asiatische Türkei. Deutschland hat keinerlei Absichten gezeigt, Vordringen dieser Staaten zu erwerben. Was es aber beabsichtigt, das ist das Recht, dort unter denselben Bedingungen wie alle anderen Länder wirtschaftliche Unternehmungen zu begründen und Handel zu treiben. Das war der Kernpunkt in der Marokkofrage. Das ist besonders wichtig in der asiatischen Türkei. Man

nenn dieses Vordringen die „Politik der offenen Tür“. Gerade weil wir so wenig Kolonien haben, müssen wir darauf dringen, dass wir wirtschaftlich in jenen Gebieten nicht ausgeschlossen werden. Die nationale Pflicht, unserer wachsenden Bevölkerung Arbeitsgelegenheit und Brot zu schaffen, zwingt dazu.

Besonders gilt es für uns, den Weg nach dem nahen Orient offen zu halten. Dort in der Türkei hat die deutsche Unternehmungslust schon seit einer Reihe von Jahren Vorposten für das deutsche Wirtschaftliche geschaffen. Wir haben dort England viel Terrain abgenommen. So hatte England Ende der 80er Jahre 60 Prozent des Außenhandels der Türkei inne; in der Gegenwart beträgt sein Anteil nur etwas über 30 Prozent. Deutschland war an den Handelsbeziehungen der Türkei mit anderen Staaten damals nur mit 6 Prozent beteiligt. Heute ist sein Anteil viermal so groß. Auch ist in den letzten Jahrzehnten schätzungsweise Kapitalinteressen auf etwa 1 Milliarden Mark, wovon die eine Hälfte in türkischer Staatsschuld, die andere in industriellen und sonstigen Unternehmungen liegt.

Weit wichtiger als diese Interessen sind jedoch die Zukunftsaussichten in der Türkei. Die asiatische Türkei ist ein großes Landgebiet mit gewaltigen Zukunftsmöglichkeiten. Dort gedeiht nicht bloß Weizen in vorzüglicher Qualität, sondern vor allem Baumwolle und sonstige Gewächse, die nur unter südlicher Sonne reifen. Und dort ihr Fortkommen. Weite Gegenden eignen sich vorzüglich zur Viehzucht. Bisher sind jedoch erst Anfänge gemacht. In der asiatischen Ebene werden 100.000 Hektar Baumwolle angebaut. Eine fünfmalige Bewässerung lohnt sich der Ertrag auf 500.000 Tollen Getreide. Und wenn günstiger liegen die Verhältnisse in Mesopotamien und Babylonien. In diesen Gebieten blüht eine hohe Wirtschaftskultur. Vagdad, das heute wenig Bedeutung hat, ist eine alte Stadt blühenden Reichtums gewesen. Die Ebenen am Euphrat und Tigris haben einst fruchtbare Äcker, wo heute nur dürre Sand liegt. Die großartigen Bewässerungsanlagen längs der Tigris und Euphrat sind zerfallen. Es gilt nun, diese Gegenden neu zu



Wir brauchen Kapitalisten, wir brauchen Arbeiter. ...  
Schwierigkeiten vergangener Jahrhunderte kein Klage  
mehr sein. Wohl und Ruhe der deutschen Arbeiter-  
schaft hängt letzten Endes vom Gelingen der deutschen  
Industrie-Unternehmungen ab, die ohne Kapitalan-  
sammlung nicht bestehen können. Seien wir also ver-  
nünftig und verzichten auf die Kapitalistenförmerei, zu  
Bunten vernünftiger Mitarbeit im Staate, speziell  
unserer Gewerkschaftsarbeit und genossenschaftlicher  
Selbsthilfe. Dann haben wir dem Vaterlande und da-  
mit uns selbst die besten Dienste erwiesen." So un-  
erfahren klug es dem Mitgliede der "freien" Gewerks-  
schaften aus dem Munde: "Arbeiterinteressen und Kriegs-  
ergebnis" entgegen, das mehrere Führer dieser Gewerks-  
schaften versahen. Das war eine ernste Mahnung!  
Wir heil! Gewerkschaften sind stolz darauf, diese  
Dinge s ä n g t mit voller Klarheit eingesehen zu haben.

### So mußte es kommen.

Zehnjährige Kämpfe haben wir für die sozia-  
listische Zukunft gekämpft. Es war insbesondere  
das Verdienst Debelis, daß er unsere Phantasie mit  
den Bildern einer schönen Zukunft erfüllte. ...  
Das war die Tragik in den letzten Jahren Debelis:  
Er mußte sich darüber klar werden, daß um zu  
dem Ziel sozialer Befreiung der Arbeiter zu kom-  
men, doch ein Vorkriegs mit demselben Kapitalismus,  
den er im Prinzip auf das schärfste bekämpfte, mehr  
und mehr nötig wurde. Der "Kobold" der bürger-  
lichen Gesellschaft mußte sehen, wie die Arbeiter-  
klasse sich immer mehr mit der kapitalistischen Ge-  
sellschaft und dem kapitalistischen Staat einlassen,  
wie sie sich zu einem gewissen Grade beiseite begeben  
mußte, um sie dadurch erst überwinden zu können.

Mit diesen Sätzen lengebet der sog. Abge-  
ordnete Kaus in den "Sozialistischen Monatsheften"  
seine Tätigkeit und die der sog. Partei. Mit an-  
deren Worten heißt das: Die soziale Revolution  
ist bei sozialistischen Führern in in  
Wahrheit zerfallen. ...  
Die Zeit der Revolution, der haben Rechteten  
und in jeder Beziehung werden sie. ...  
Was soll nach dem Krieg mit dem Militärischen  
werden? Müde man, daß es möglich sein werde,  
ihn abzulassen? ...

Was soll nach dem Krieg mit dem Militärischen  
werden? Müde man, daß es möglich sein werde,  
ihn abzulassen? ...

... die Lebensbedingungen ...  
... die Lebensbedingungen ...  
... die Lebensbedingungen ...

Nach dem Kriege, sagt Kaus weiter, werden  
die Fragen des Vorkriegs, der Verteilung der land-  
wirtschaftlichen Produktion und der Zukunft der er-  
zeugten Produkte an die Verbraucher eine große Rolle  
spielen. ...

Wenn man das alles sieht, versteht man am be-  
sten, warum gegenwärtig in der Sozialdemokratie al-  
les drunter und drüber geht. ...

Die Spaltung der sog. Reichstagsfraktion, die vor  
kurzem erfolgte, hat sinnsfüllig kein Ausdruck ge-  
bracht, daß man die Ursachen der geschichtlichen Entwicklung  
nicht ungeprüft auf die Dauer ignorierten kann. ...

Wir können nicht in sich zu trennen. ...  
... die Lebensbedingungen ...

... die Lebensbedingungen ...  
... die Lebensbedingungen ...

Mag der Krieg und sein Ausgang noch so sehr  
die gewerkschaftlichen Interessen bis ins Lebenstiefste  
berühren, hilft alles nichts: die Gewerkschaftsdrucke  
darf die gewaltigen Ereignisse unserer Zeit nicht  
vom gewerkschaftlichen Standpunkt, zunächst ganz  
ohne Rücksicht auf Parteimehrheit oder Parteienin-  
teresse, sondern sie soll warten, bis ihr das  
Schreiben gnädig von den Zensoren der Ministerzeit  
gestattet wird. ...

Das die Stimmung in der Arbeiterklasse noch  
mehr als 1914/15er Kriegsjahre nicht mehr so ist,  
als am Anfang des Krieges, wissen wir sehr wohl.  
... die Lebensbedingungen ...

... die Lebensbedingungen ...  
... die Lebensbedingungen ...  
... die Lebensbedingungen ...

herrschaft auf dem Balkan. Ingleich möchte es den  
nördlichen Teil der Türkei in Besitz nehmen. ...

Jedes große Volk hat den Drang an sich, an das  
Meer zu kommen. ...

wachsen ist. Deutschland steht an zweiter Stelle und  
ist auf dem besten Wege, hinsichtlich seines Außen-  
handels selbst England zu überholen. ...

Die Gemeinwesen aber verlangen auch einen ent-  
sprechenden Lohn. ...

(Schluß folgt.)



Ständhaft und bei hat uns noch nicht in Gegen  
lob zu den allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft  
gebracht. Wir werden ihn daher beilegen, solange  
wir keine Besseren befehlen worden sind.

Als die "Wochen Post" das folgende war die für  
Kriegszeiten noch zugenommen hat. Wir  
lernen, dass auch die Dinge sich in dramatische  
Weise weiter entwickeln. Die Kunde von der  
Verhaftung der Arbeiter, von denen die "Wochen Post" nach  
erzählen will, wie die Interessen der deutschen Ar-  
beiter "weiter", haben Lust bekommen und leben  
sichtlich ihren Abgang machen. Daran kann nicht ge-  
weist werden: Wenn die "freie" Gewerkschaften  
nicht elendiglich in Trümmern gehen wollen, dann müs-  
sen sie sich mit aller Macht einsetzen und möglichst  
schnell die "Arbeitervereine" entlassen, die sich bei  
ihrer Tätigkeit durch keinerlei Hindernisse beunruhigen lassen.

Wir hoffen, Gewerkschaftler können nicht hoch ge-  
naug darauf sein, daß in unseren Reihen bezüglich aller  
grundlegenden Fragen nach wie vor eine einheitliche  
Einstellung herrscht. Das beweist mehr als alles  
andere, daß wir auf dem rechten Wege sind. In  
Deutschland gibt es keine Zeit und keine  
Bedingungen für geschäftliche Verhandlungen, weil wir  
einen Feind und einen Feind haben, erfüllt vor  
allem von einem Willkürgelehrten gegen das Vaterland  
und nicht verstanden von anderen Völkern. Was die  
Tat und Wirkung angeht: wir haben die Gewerkschaft,  
die unsere Grundzüge und unsere Arbeit eine wirk-  
liche Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft  
auf die Dauer gewährleisten. Und es soll uns freuen,  
wenn jemand die Fäden und dazu die Fäden der  
"freien" Gewerkschaften und immer mehr rücken. Nach  
heute ist es fast alle im Namen politischer Schlingensiefel.  
Weder es kann aus einmal anders werden. Was es  
nicht tut.

Das kann wir dann mit Kopf und Hände und  
für den nächsten Augen und bewegenden Vor-  
wärtigen an die großen Aufgaben übertragen, die  
uns bevorstehen, denn nichts ist mehr leicht und die-  
sem menschlichen Dingen für Jung und Alt  
wider eine Last werden zu haben.

Die Gewerkschaften haben für 12 bis 14 Wochen  
Kriegszeiten und daher planen für das 1. Gesamt-  
treffen der Gewerkschaften, Berlin, am  
1. März.

### Politisches Rundschau

Der Reichstag hat am 12. März 1916  
über die Kriegsgesetze abgestimmt. Die  
Gesetze sind mit großer Mehrheit angenommen.  
Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.

Die Verhandlungen über die Kriegsgesetze  
haben sich bis zum 12. März 1916  
erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt. Die Verhandlungen über die  
Kriegsgesetze haben sich bis zum 12. März  
1916 erstreckt.